

«Markt ist nicht nur des Teufels»

Gut vier Monate Buchhandel ohne Preisbindung – selbst der kritische Branchenverband sieht positive Aspekte

Der grosse Umsturz auf dem Buchmarkt ist bislang ausgeblieben. Zahlreiche Buchhändler nutzen ihre neue Freiheiten bei Preisgestaltung und Werbung. Doch sie trauen dem Ganzen noch nicht richtig.

CHRISTOF FORSTER

Der Aufschrei bei Händlern und Verlegern war gross, als der Bundesrat im vergangenen Mai die Buchpreisbindung definitiv fallen liess. Sie warnten vor den «irreversiblen Konsequenzen» des Entscheids. Der Bundesrat riskierte damit, dass ein Grossteil der Bücher deutlich teurer werde. Die Bemühungen um den Erhalt des Kulturgutes Buch würden zunichte gemacht. Inzwischen konnten Buchhändler während dreieinhalb Monaten Erfahrungen mit der freien Preisgestaltung sammeln – Zeit für eine Zwischenbilanz.

Am augenfälligsten waren die Preisabschläge bei den Bestsellern nach dem Fall der Buchpreisbindung. Ex Libris, Weltbild und Orell Füssli gewähren bis zu 30 Prozent auf den meistverkauften Titeln. Beim grossen Rest des Sortiments ist die Entwicklung uneinheitlich. Ex Libris verkauft diese Bücher mit 15 Prozent Rabatt. Damit will die Migros-Tochter ins Ausland verlorenen Umsatz, etwa an den Internet-Buchhändler Amazon, zurückholen. Auch Weltbild hat nicht nur die Preise der Bestseller gesenkt.

Die Buchhandelsgruppe Thalia fährt derzeit ohne Rabatte noch besser.

Mehr Bücher verkauft

Über die gesamte Branche gesehen sei die Prognose des Buchhändler- und Verlegerverbands eingetreten, sagt Geschäftsführer Dani Landolf: «Das Gros der Bücher ist tendenziell teurer geworden.» Ein genaues Bild der Marktentwicklung hat der Verband allerdings nicht. Weil es solche in anderen Branchen üblichen Erhebungen schlicht nicht gibt, ist man auf Beobachtungen und Schätzungen angewiesen.

Im neuen Regime können die Verlage keine verbindlichen Preise mehr diktieren, sie dürfen aber Preisempfehlungen abgeben. Laut Branchenbeobachtern sind die empfohlenen Verkaufspreise in den vergangenen Wochen um rund 1,5 Prozent gestiegen. Grund dafür sei jedoch nicht eine Kompensation



Die Buchhandlung Zytglogge werde auch ohne Preisbindung überleben, sagt deren Inhaberin Gurli Jensen. ALESSANDRO DELLA VALLE/KEYSTONE

der Einbussen bei den Bestsellern, sondern eine Anpassung an den teureren Euro, heisst es bei der Thalia-Gruppe. 80 Prozent der Bücher stammen aus Deutschland.

Nicht in das vom Branchenverband skizzierte Bild passen die Angaben vom Buchzentrum in Hägendorf, das stagnierende Preise meldet. Sein Marktanteil von gegen 40 Prozent in der Deutschschweiz erlaubt dem Grossisten einen gewissen Einblick in die Preisentwicklung.

Einig ist man sich in der Branche, dass die Buchverkäufe in den vergangenen Monaten gestiegen sind. Ob ein Zusammenhang mit dem Wegfall der Buchpreisbindung besteht, ist schwierig zu sagen. Stärker dürfte die gute Konjunktur das Buchgeschäft beflügeln.

Träge Kundschaft

Eine kleine Umfrage bei Buchhändlern in Bern und anderen Städten zeigt, dass die neuen Freiheiten sehr unterschiedlich genutzt werden. Die Buchhandlung Stauffacher, die zur Thalia-Gruppe gehört, hält sich weiterhin an die empfohlenen Verkaufspreise der Verlage und ist damit gut gefahren, wie Vize-Filialleiterin Carola Klein sagt. Man habe deswegen nicht weniger Bestseller

verkauft. Geplant ist eine Kundenkarte, Rabatte für Studenten gibts bereits. Gleiche Preispolitik, gleiche Erfahrung: Dies berichtet die Thalia-Filiale im Loeb.

Nichts ändern will auch Gurli Jensen, Inhaberin der Nischenbuchhandlung Zytglogge: «Der Preis ist bei uns nicht entscheidend.» Jensen hält sich deshalb an die Preisempfehlungen, eine eigene Preispolitik wäre zu aufwändig. Sie setzt auf ein sorgfältig zusam-

mengestelltes Angebot und individuelle Beratung. So werde sie auch ohne Preisbindung überleben.

Für einige ist es noch zu früh für eine Bilanz. Er wisse nicht, ob er mit dem alten Modell besser gefahren sei, sagt Ulrich Riklin, Chef der Münstergass-Buchhandlung. Für ihn ist aber klar, dass es kein Zurück zur Preisbindung geben wird.

Viele Buchhändler stellen fest, dass die Kundschaft träge reagiert und der Preis selten eine zentrale

Rolle spielt. Man ist auch erleichtert, dass Coop und Migros nicht mit billigen Massenangeboten den Markt überschwemmt haben.

Mehr Einfluss auf die Verkaufszahlen hat der Preis bei den teuren Wissenschaftsbüchern. Die schwergewichtig in diesem Bereich tätige Karger Libri in Basel profitiert denn auch vom neuen System. Inhaber Philip Karger hat wiederholt den Branchenverband kritisiert, weil er mit dem Festhalten an der Preisbindung die Interessen der Grossen vertrete. So habe Thalia dank der Preisbindung «Traummargen erzielt», weil sie Bücher mit grossen Rabatten erhalten habe.

Der Vorschlag des Verbands

Den positiven Rückmeldungen kann sich auch der Branchenverband nicht verschliessen. «Der Markt ist nicht nur des Teufels», sagt Landolf. Viele Buchhändler schätzen die neuen Freiheiten. Sie haben Rabattkarten eingeführt oder können Aktionen bewerben. Dennoch führt der Wegfall der Preisbindung laut Landolf längerfristig zu einem ausgedünnten Angebot an Büchern. Deshalb setzt sich der Verband für ein Bandbreitenmodell ein (vgl. Box).

Politik wartet ab

Nach dem Entscheid des Bundesrats gegen die Buchpreisbindung hat die Wirtschaftskommission des Nationalrats ihre Arbeiten gestoppt. Die Kommission hatte den Auftrag, die Preisbindung gesetzlich zu verankern. Anfang September sprach sich eine knappe Mehrheit der Kommission für einen Zwischenhalt bis Mitte 2008 aus. Dann soll ein Bericht der Verwaltung zu den Auswirkungen des neuen Regimes vorliegen. Das sei kein Vorentscheid gegen die

Buchpreisbindung, sagte gestern Kommissionspräsident Caspar Baader (svp, BS) auf Anfrage. Doch selbst der Branchenverband rechnet nicht mehr mit einer Rückkehr zum alten System. Er setzt sich nun für ein Bandbreitenmodell ein. Der Ladenpreis darf höchstens 20 Prozent über dem im Ausland verlangten Preis liegen. Rabatte sind möglich, dürfen allerdings den durch den Wechselkurs bestimmten Minimalpreis nicht unterschreiten. (for)

Jagd auf gute Risiken soll abnehmen

Gesundheitskommission des Nationalrats überraschend für verfeinerten Risikoausgleich

Eine zentrale Korrektur des schweizerischen Gesundheitssystems findet nach langem Bangen auch in der zuständigen Nationalratskommission eine Mehrheit.

PATRICK FEUZ

Heute ist es für die Krankenkassen viel lohnender, nach gesunden Versicherten zu jagen, als kostensparende Versorgungsmodelle zu fördern. Der Grund ist der bisher nur schwach wirkende Risikoausgleich. Das ist im Wesentlichen ein Topf, in den Kassen mit vielen jungen und gesunden Versicherten Geld einzahlen und aus dem Kassen mit vielen älteren und kranken Versicherten Geld herausbekommen.

Heute berücksichtigt der Risikoausgleich Alter und Geschlecht. Aber diese zwei Kriterien spiegeln das individuelle Krankheitsrisiko nur sehr beschränkt. Deshalb hat

der Ständerat im letzten Jahr ein zusätzliches Kriterium beschlossen: den Aufenthalt im Spital oder Pflegeheim im Vorjahr. GesundheitsökonomInnen sehen darin eine ausserordentlich wichtige Reform, um die Kostenentwicklung in den Griff zu bekommen.

Damit war die Neuerung aber noch nicht im Trockenen. Denn in der zuständigen Nationalratskommission, die sich seither mit dem Ständeratsbeschluss befasste, sitzen überproportional viele Vertreter von Kassen mit jungen Versicherten – diese Kassen haben wenig Interesse an einem verfeinerten Risikoausgleich. Deshalb kommt es überraschend, dass jetzt die Kommission mit immerhin 11 zu 8 Stimmen bei 2 Enthaltungen ebenfalls eine Verfeinerung des Risikoausgleichs beschlossen hat.

Schwieriger Morbiditätsfaktor

Die Kommission geht sogar noch weiter als der Ständerat und

will auch das erhöhte Krankheitsrisiko berücksichtigen, also einen Morbiditätsfaktor einbauen. Ziel ist es, Kassen mit vielen Schwerkranken (Krebs, Aids usw.) zusätzlich zu entlasten. In Fachkreisen gilt dieses Kriterium für den Risikoausgleich

als wichtig. Gleichzeitig kann der Weg in der Praxis zu relativ komplizierten Lösungen und schwierigen Definitionsfragen führen, wie Erfahrungen im Ausland zeigen.

Das vom Ständerat beschlossene Kriterium des Aufenthalts im Spital

Milder Kostenanstieg

Die Belastung der obligatorischen Krankenversicherung stieg 2006 lediglich um 1,3 Prozent auf 20,6 Milliarden Franken. Nach Angaben des Bundesamts für Gesundheit (BAG) vom Freitag ist das deutlich unter dem Durchschnitt der letzten Jahre: Seit 1996 waren die Kosten zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung im Mittel um 5,2 Prozent pro Jahr gestiegen. Das BAG nennt zwei Gründe für den tiefen Anstieg.

Einerseits sei es der um 10 Prozent höhere Selbstbehalt, wenn statt einem Generikum ein Originalpräparat gewählt werde. Der Generika-Absatz habe seither zugenommen. Ebenfalls ausgewirkt habe sich die Senkung der Tarife für Laboranalysen um 10 Prozent per Anfang 2006.

Allerdings zeigen die Prognosen des BAG, dass die Gesundheitskosten in den nächsten Jahren wieder anziehen. (sda)

oder Pflegeheim präzisieren die Nationalräte, indem sie die Mindestdauer bei drei Tagen ansetzen. Damit wollen sie verhindern, dass bereits Kurzaufenthalte die Geldströme beeinflussen. Auffällig ist, dass die Kommission den Risikoausgleich noch nicht definitiv im Gesetz verankern, sondern vorerst auf fünf Jahre befristen will. Das ist möglicherweise eine taktische Konzession an die Skeptiker eines Ausbaus des Risikoausgleichs.

Druck auf Medikamentenpreise

Eine Vorgabe hatte der Ständerat auch bei den Medikamentenpreisen gemacht und zum Beispiel verlangt, dass diese künftig alle drei Jahre überprüft werden. Davon hofft man sich sinkende Preise. «In den grossen Zügen» will die Nationalratskommission diesen Beschlüssen folgen. Vor definitiven Entscheiden verlangt sie aber «präzisierende Vorschläge» von der Verwaltung.

Schneehärter als letzter Ausweg

SKIPISTEN Der Bund erlässt im Hinblick auf die kommende Wintersportsaison Regeln für den Einsatz von Kunstdünger bei Skirennpisten. Diese Regeln seien am Freitag an einer Sitzung mit Vertretern von Umwelt- und Skiverbänden, von Rennorganisationen und Kantonen diskutiert worden und auf Akzeptanz gestossen, teilte das Bundesamt für Umwelt (Bafu) gestern mit.

Laut Bafu soll festgelegt werden, dass Schneehärter ausserhalb von Schneesportwettkämpfen nicht eingesetzt werden darf. Überhaupt soll ein solcher Einsatz der letzte Ausweg sein, um bei ungünstigen Witterungsverhältnissen ein faires und sicheres Rennen gewährleisten zu können. Wird ein Schneehärter eingesetzt, muss ein Protokoll erstellt werden. Zudem sollen Rennpisten kartografisch erfasst und empfindliche Stellen gekennzeichnet werden. Die definitiven Regeln sollen noch vor Beginn der Wintersportsaison publiziert werden, wie es weiter hiess. (ap)

KURZ

Kein Jubiläumsbonus

AHV Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats will den Rentnern in der Schweiz keinen Jubiläumsbonus zum 60-jährigen Bestehen der AHV gewähren. Sie hat gestern einen entsprechenden Antrag mit zwölf gegen neun Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. (ap)

Derselbe Sprengstoff

RÜTLI Zwischen den Sprengstoffanschlägen bei der 1.-August-Feier auf dem Rütli und auf die Briefkästen von drei Innerschweizer Politikern besteht offenbar ein Zusammenhang. Laut der Bundesanwaltschaft wurde jeweils dasselbe Material verwendet. Die Strafuntersuchung im Fall Rütli sei auf die drei anderen Fälle ausgedehnt worden, bestätigte die Bundesanwaltschaft zu einem Bericht von Radio DRS. (sda)

Arme entlasten

STEUERN Das Existenzminimum soll steuerfrei werden. Wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten, hält die nationalrätliche Sozialkommission (SGK) mit 14 zu 9 Stimmen an ihrer Initiative fest, die im Ständerat abgelehnt worden war. (sda)

Teurere SBB-Linie

ZÜRICH Die neue SBB-Durchmesserlinie Altstetten-Zürich HB-Oerlikon wird teurer als geplant: Die Mehrkosten belaufen sich auf rund 234,5 Millionen Franken, wie die SBB und der Zürcher Verkehrs-Verbund (ZVV) am Freitag bekannt gaben. Der Zürcher Regierungsrat hat deshalb einen Zusatzkredit von 93,8 Millionen Franken bewilligt. (ap)

Uno-Experte kritisiert SVP

WAHLKAMPF Der Uno-Berichterstatter zu Rassismus, Doudou Diène, hat am Freitag vor dem Uno-Menschenrechtsrat den Rückzug des SVP-Plakats verlangt. Dieses zeigt weisse Schafe, die ein schwarzes Schaf aus der Schweiz bugsieren. Die SVP reagierte empört und kündigte an, die Kampagne nun extra hochzufahren. (sda)

Prämierte Jugendprojekte

GENÈVE An ihrer Jahreskonferenz hat die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) gestern in Genève den Förderpreis «We Care, You Too» verliehen. Sechs Projekte von Schweizer Jugendlichen erhielten je 5000 Franken. Prämiert wurde etwa das von Thuner Gymnasiasten lancierte Projekt Shanti, das über 100 Kindern von Prostituierten in Bangladesch den Schulbesuch ermöglicht. Auch ein unter dem Namen Penguins4Africa von Studierenden der Uni Bern entwickelter Leitfaden wurde ausgezeichnet, der Jugendlichen in Afrika hilft, ihren Computer mit kostenloser Linux-Software auszustatten. (sda)